

## V 01neu Forward to the future – Grüne Leitideen für eine digitale Zukunft

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedenes

### 1 Präambel

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sehen die Digitalisierung als eine große Chance für Thüringen und seine Bürger\*innen. Die Digitalisierung bringt fundamentale Veränderungen im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich mit sich und betrifft damit uns alle. Wir wollen die Zukunft Thüringens und der Menschen im Land smart gestalten! Dafür brauchen wir eine durchdachte Strategie, um die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen und mögliche Risiken zu minimieren.

Dabei geht es uns nicht um von oben verordnete Strategien. Wir folgen dem Grundsatz: Die Digitalisierung darf nicht um ihrer selbst Willen geschehen, sondern muss den Menschen im Land nützen. Dabei sind uns offene Standards und Formate, Sicherheit und Wahlfreiheit der Bürger\*innen besonders wichtig.

#### 1.1 Habitus des Digitalen

Wir wollen in Thüringen die Weiterentwicklung einer digitalen Gesellschaft forcieren. Dazu bedarf es eines "echten" Habitus für Digitales, der dies fördert und ein Umdenken in vielen Bereichen wie z.B. dem Schulwesen, in Behörden und Verwaltungen, in den Kommunen sowie Wirtschaftsunternehmen und Ministerien erfordert. Wir wünschen uns von den bestehenden, handelnden Strukturen zukünftig mehr Engagement und Mut, statt Bedenken und Ablehnung.

#### 1.2 Strategie

Gerade weil die Digitale Revolution alle Lebensbereiche beeinflusst, müssen die neuen technischen Chancen und Risiken in allen Politikbereichen mitbedacht werden. Dafür braucht es ein planvolles Vorgehen und eine gemeinsame Vorstellung eines Zieles. Die Formulierung einer übergreifenden Strategie ist dabei nur der Anstoß, für jeden einzelnen Bereich Leitfäden und Maßnahmen zu entwickeln. In einer Kultur der Evaluation und des herrschaftsfreien öffentlichen Diskurses wollen wir GRÜNE diese Überlegungen auch bei uns anstellen und weiterentwickeln.

### 2 GRÜNE Leitlinien

Die Vernetzungen durch die Digitalisierung münden zweifelsohne in einer digitalen Gesellschaft. Diese zu gestalten ist unsere Aufgabe. Einzelne Berufs- und Bevölkerungsgruppen haben dazu bereits konkrete Bedürfnisse formuliert. Beispielhaft ist hier die Polizei zu nennen, die sich dem Problemfeld der Cyberkriminalität adäquat stellen will. Auch in anderen Lebensbereichen erleben wir gegenwärtig rasante technologische Entwicklungen und erwarten durch diese auch in Zukunft neue Herausforderungen. Um in dieser Zukunft handlungsfähig zu bleiben, richten wir den Blick auf Grundsätze bzw. Querschnittsthemen, die handlungsleitend für alle Wirkungsbereiche sein sollen.

Dazu bedarf es Leitlinien, die den Anforderungen der einzelnen Handlungsfelder und deren Akteur\*innen entsprechen. Die Formulierung der Leitlinien soll in den jeweiligen Landesarbeitsgemeinschaften, die als Think Tanks der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen fungieren, erfolgen. Als Ergebnis dieses

42 basisdemokratischen Beteiligungsprozesses streben wir einen umfassenden  
43 Leitantrag an, der in einer zukünftigen Landesdelegiertenkonferenz diskutiert  
44 und verabschiedet werden soll.

## 45 2.1 Nachhaltigkeit und Digitale Resilienz

46 Wir GRÜNE setzen uns auch im Bereich neuer Digitaltechnologien für eine  
47 nachhaltige Ressourcen-Nutzung ein. das Prinzip Reparieren statt Wegwerfen  
48 wollen wir stark machen. Das gilt für private Nutzer\*innen genauso wie für  
49 Verwaltungen und Behörden. Entsprechend verfehlt ist es beispielsweise, wenn ein  
50 vernetztes Gerät schon nach ein bis zwei Jahren zu Plastikmüll wird und durch  
51 ein neues Gerät ersetzt werden muss, nur weil der Hersteller keine  
52 Softwareupdates mehr anbietet. Deshalb machen wir uns für eine Stärkung der  
53 Digitalen Resilienz stark.

54 Unter digitaler Resilienz verstehen wir die Kontrolle über die eigene Soft- und  
55 Hardware zu haben und zu behalten. Dazu sind Open-Source-Lösungen eine gute  
56 Methode, die weitere, vielfältige Vorteile bietet: So erhöht Digitale Resilienz  
57 die Sicherheit, senkt Kosten, erleichtert den Wissenstransfer und dient durch  
58 eine stetige Weiterentwicklung durch die Nutzer\*innen dem Gemeinwohl.

59 Daher setzen wir uns dafür ein, dass Nutzer\*innen die Firm- und Software auf  
60 eigenen Geräten frei wählen können und damit ihr Grundrecht auf Vertraulichkeit  
61 und Integrität informationstechnischer Systeme wahren.

### 62 2.1.1 Open Source

63 Besonders die Förderung von Open-Source-Lösungen kann sowohl die IT-Sicherheit  
64 stärken als auch Thüringen einen enormen Standortvorteil verschaffen. Die  
65 meisten genutzten Lösungen und Datenbanken basieren auf offenen Quellcodes. Eine  
66 kontinuierliche Fortentwicklung wird von Unternehmensseite allerdings nur  
67 bedingt betrieben. Sicherheitsskandale wie bei der SSL-Verschlüsselung zeigen  
68 aber, dass es ein gesamtgesellschaftliches Interesse gibt, diese Lösungen  
69 kontinuierlich weiter zu entwickeln. Hier kann Thüringen eine Lücke schließen  
70 und sich damit zu einem attraktiven IT-Standort mit überregionaler Ausstrahlung  
71 weiterentwickeln. Wir wollen weg von Systemen, die nicht frei und quelloffen  
72 sind. Deshalb setzen wir uns für einen verstärkten Einsatz von freier und  
73 quelloffener Software an (Hoch-)Schulen, in öffentlichen Institutionen und in  
74 der Verwaltung ein.

75 Nur Open-Source-Lösungen erlauben der informierten Öffentlichkeit eine  
76 Begutachtung der Qualität der Software ("Auditierungen") und der  
77 zugrundeliegenden, in Algorithmen gegossenen Regeln.

78 Wir sind davon überzeugt, dass von öffentlichen Stellen beauftragte Software  
79 grundsätzlich unter einer quelloffenen Softwarelizenz veröffentlicht werden  
80 muss. Darüber hinaus wollen wir, dass bei öffentlichen IT-Beschaffungen  
81 quelloffene Software mit offenen Lizenzen bevorzugt wird. Um hier auch  
82 entsprechendes Potential zu heben, wollen wir die öffentliche Förderung für die  
83 Entwicklung von freier und offener Standardsoftware ausbauen.

### 84 2.1.2 Medienkompetenz

85 Die Vermittlung von Medienkompetenz bringt eine Erweiterung der  
86 Handlungsspielräume in jedem Einzelnen hervor. Wir GRÜNE verstehen

87 Medienkompetenz als ein Bündel von Einzelfähigkeiten, welches sich aus  
88 Technikkompetenz (das Wissen um die technischen Abläufe, Möglichkeiten und  
89 Grenzen), Bedienkompetenz (die Fähigkeit Hard- und Software konkret zu  
90 bedienen), Anwendungskompetenz (Wissen, digitale Medien sinnvoll und  
91 sachorientiert einzusetzen) und Reflexionskompetenz (Fähigkeit, digitale Medien  
92 im wechselseitigen User-Handeln kritisch einzuschätzen und zu abstrahieren)  
93 zusammensetzt.

94 Um eigenverantwortlich im digitalen Raum handeln zu können, müssen diese  
95 Kompetenzen verstärkt in den Fokus gerückt werden, sowohl bei Schüler\*innen als  
96 auch bei Lehrkräften sowie in der Erwachsenenbildung. Sie müssen ständiger Teil  
97 von Weiterbildungen sein und auch in die Verwaltung Einzug halten.

98 In einer Welt zunehmender Vernetzung und neuen Möglichkeiten der Kommunikation  
99 ist es wichtig, die Qualität eingehender Informationen einschätzen zu können.  
100 Dabei ist Medienkompetenz der Schlüssel zur Immunisierung gegen Lügen,  
101 Populismus und Propaganda.

102 Besonders unsere Schulen müssen dafür anders aufgestellt werden. Zum einen  
103 brauchen die Schulen mehr digitale Ressourcen wie eine einheitliche  
104 Schulverwaltungssoftware, dienstliche E-Mail-Adressen für Lehrende, eigene  
105 Serverplätze, digitale Lehr- und Lernräume sowie die Möglichkeit zum digitalen  
106 Experimentieren. Dabei brauchen Schulen zum einen unkomplizierte und  
107 professionelle Unterstützungen im Systemadministrationsbereich. Zum anderen sind  
108 auch Pädagog\*innen notwendig, die diese Ressourcen konstruktiv und didaktisch  
109 nutzen und Medienkompetenz vermitteln können. Daher setzen wir uns für eine  
110 Verankerung von Medienkompetenzvermittlung bei der Lehrer\*innenbildung ein.

111 Um die Technikkompetenz zu stärken, sollten Schüler\*innen möglichst früh das  
112 Programmieren lernen.

### 113 2.1.3 Datenschutz und Datenhoheit

114 Es ist von besonderem Interesse, dass bei der Umsetzung der Digitalisierung  
115 verschiedene Kriterien kontinuierlich mitgedacht werden. Dazu gehören auch der  
116 Datenschutz und die -sicherheit. Diese werden vielfach als größtes Hindernis bei  
117 der Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben verstanden - wir GRÜNE verstehen  
118 Datenschutz und -sicherheit hingegen als Chance. Das Recht auf digitale  
119 Selbstbestimmung, ein innovativer Daten- und Verbraucher\*innenschutz, eine  
120 effektive IT-Sicherheit und die Gleichbehandlung informierter Nutzer\*innen  
121 stehen für uns im Mittelpunkt unserer Bemühungen für eine lebenswerte digitale  
122 Zukunft. Hierzu gehören auch die Transparenz von Angeboten, übergroßer  
123 Marktmacht mit Regulierung zu begegnen, einen innovativen Datenschutz von  
124 vornherein mitzudenken und IT-Sicherheit ganzheitlich anzugehen, beispielsweise,  
125 indem wir durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen zum Standard machen.

126 Nutzer\*innen müssen einen Anspruch auf kostenfreie Auskunft (Download),  
127 Korrektur und ggf. Löschung ihrer Daten bei Unternehmen und IT-Service-Anbietern  
128 erhalten.

129 Um die Hoheit über die eigenen Daten zu behalten, dürfen nicht alle IT-Dienste  
130 in eine "Cloud" ausgelagert werden. Dies gilt insbesondere, wenn sich der  
131 Anbieter der Cloud-Lösung faktisch nicht an deutsches Recht gebunden sieht. Wir  
132 wollen thüringische Unternehmen dabei unterstützen, eigene und lokale

133 Softwarelösungen zu finden, welche vergleichbare Benutzer\*innenfreundlichkeit zu  
134 weltweit führenden Lösungen bieten.

135 Wir GRÜNE haben uns auf europäischer Ebene für eine moderne  
136 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) stark gemacht, deren Implementierungen in den  
137 nächsten Monaten auch auf Landesebene anstehen. Wir setzen uns dafür ein, dass  
138 die DSGVO in der Thüringer Gesetzgebung nachhaltig verankert wird.

139 Staatliche Stellen sollten in regelmäßigen Abständen evaluieren, welche Daten  
140 sie von den Bürger\*innen erheben und ob diese für ihre Arbeit notwendig sind.  
141 Das Prinzip der Datensparsamkeit soll stets Beachtung finden.

#### 142 2.1.4 Privatsphäre

143 Ein Mensch unter Beobachtung ist niemals frei; und eine Gesellschaft unter  
144 ständiger Beobachtung ist keine Demokratie mehr. Wir GRÜNE bekennen uns deshalb  
145 zur Privatsphäre als einen wichtigen Teil der Menschenwürde: Jeder Mensch  
146 braucht einen kreativen Raum, in dem er unbeobachtet leben kann.

147 Dennoch ist das Internet kein rechtsfreier Raum. Die Regeln und Gesetze, die  
148 sich unsere Gesellschaft gegeben hat, gelten auch für digitale Kommunikation und  
149 Handlungen im digitalen Raum. Das reine Setzen auf Verbote und Regulierung  
150 greift unserer Ansicht nach zu kurz. In der Vermittlung und Aneignung von  
151 Medienkompetenz sehen wir auch hier die Möglichkeit, individuelle Handlungsräume  
152 zu erweitern und User\*innen zu emanzipieren.

#### 153 2.2 Teilhabe

154 Viele Bürger\*innen scheinen sich in Entscheidungsprozessen nicht wieder zu  
155 finden bzw. haben das Gefühl, sich zu wenig beteiligen zu können. Unabhängig von  
156 der Bewertung dieser Wahrnehmung wollen wir die Chancen der Digitalisierung  
157 nutzen, um die Zentrum-Peripherie-Bindung der Bürger\*innen zu stärken,  
158 Bürger\*innen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sowie am  
159 gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen und Entscheidungsprozesse  
160 transparenter und nachvollziehbarer zu machen.

##### 161 2.2.1 Recht auf Konnektivität

162 Der Zugang zum Internet ist ein elementarer Grundbaustein der Teilhabe im  
163 digitalen Raum. Dieser muss in Up- und Download gewährleistet werden. Dafür ist  
164 der Breitbandausbau die Grundvoraussetzung und muss deshalb wesentlich stärker  
165 betrieben werden. Es muss selbstverständlich werden, dass bei Ein- und Umzügen  
166 die Internet-Konnektivität ähnlich schnell hergestellt werden kann wie  
167 Anschlüsse für Strom und Wasser.

168 Die Freifunkbewegung und andere Mesh-Netzwerke unterstützen wir GRÜNE auch  
169 weiterhin und setzen uns bspw. dafür ein, dass Freifunkvereine als gemeinnützig  
170 anerkannt werden und ihnen der Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Institutionen  
171 und Behörden ermöglicht wird.

172 Dabei ist uns nicht nur die Qualität der Breitbandverbindung wichtig, sondern  
173 auch die Behandlung der Datenpakete durch die Netzanbieter\*innen. Daher  
174 bekennen wir uns klar zur Netzneutralität und bewerten Zero-Rating-Modelle  
175 mindestens als schwierig. Wir verstehen die Versorgung mit schnellem Internet  
176 als Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir den flächendeckenden Ausbau mittels

177 Glasfaser vorantreiben. Ohne eine deutlich engagiertere Unterstützung des Bundes  
178 ist dies aber in hüringen nicht möglich.

179 Auch im Bereich des zukünftigen 5G- Mobilfunknetzes wollen wir den Ausbau aktiv  
180 unterstützen.

### 181 2.2.2 Transparenz/ E-Gov und OpenData

182 Transparenz fördert gesamtgesellschaftliche Teilhabe und Beteiligung.  
183 Bürger\*innen, die einen erleichterten Zugang zu Informationen erhalten, können  
184 sich mehr und intensiver an öffentlichen Prozessen beteiligen.  
185 Informationsnachteile und langwierige Kommunikationsabläufe zwischen  
186 Bürger\*innen und der Verwaltung können so behoben werden. Für uns GRÜNE ist  
187 Bürger\*innenbeteiligung ein zentraler Baustein unserer Politik. Ein  
188 Transparenzgesetz ist deshalb die Voraussetzung für eine Digitale Gesellschaft.

189 E-Government wird global bereits in vielen Orten als ein probates Mittel  
190 staatlichen Handelns praktiziert. Es ist, besonders in Flächenstaaten, ein  
191 wirksames Mittel der Peripherie-Bindung, schafft Transparenz und Teilhabe für  
192 Bürger\*innen und führt zu einem Vertrauensaufbau in Regierungen und  
193 Institutionen. Besonders auf der Bürger\*innenseite können hier bürokratische  
194 Hürden abgebaut werden und somit bürgerliche Selbstwirksamkeitserfahrung und  
195 Selbstbestimmung gestärkt werden.

196 Vorgänge in staatlichen Stellen sollen von außen nachvollziehbar sein und auch  
197 zu diesem Zweck dokumentiert werden. Dies stärkt das Vertrauen in die Demokratie  
198 und ihre Institutionen. Relevante Informationen und Dokumente müssen dabei frei  
199 zugänglich und unentgeltlich zur Verfügung gestellt und in einem durchsuchbaren,  
200 quelloffenen und barrierefreien Dateiformat veröffentlicht werden.

201 In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, behördliche Prozesse von Anfang an  
202 digital und frei von Papier zu designen. In vielen Fällen können  
203 handschriftliche Unterschriften durch qualifizierte digitale Signaturen ersetzt  
204 werden. Gleiche Ansprüche stellen wir an steuerfinanzierte Gutachten und  
205 wissenschaftliche Veröffentlichungen von Forscher\*innen. Dabei setzen wir uns  
206 bspw. für die Prüfung einer datenkonformen Nutzung von bereits zu einer Person  
207 vorliegende Daten ein (once-only Prinzip).

208 Wir GRÜNE wollen uns für OpenData (Offene Daten) einsetzen. Die proaktive  
209 Bereitstellung von Daten durch Behörden bildet dabei den Kern. Durch  
210 Steuergelder erhobene Daten sollen den Bürger\*innen nach Möglichkeit zugänglich  
211 gemacht werden. Ein Abweichen von dieser Maßgabe sollte unserer Ansicht nach  
212 unbedingt begründet werden.

### 213 2.3 Innovationsräume

214 Der Umgang mit Digitalisierung ist durch eine stetige Suche nach Lösungen und  
215 Konzepten geprägt. Dafür braucht es Raum, um eine echte Fehlerkultur erleben zu  
216 können, Raum des Sich-Ausprobierens und auch Raum zum Austausch. Hackerspaces  
217 (Treffpunkte für Soft- und Hardwareinteressierte), Co-Working-Orte  
218 (Gemeinschaftsarbeitsplätze) und Makerspaces (Gemeinschaftswerkstätte) finden  
219 wir auch in Thüringen. Wir brauchen diese Innovationräume zur  
220 Strategieentwicklung und als Modellprojekte. Wir GRÜNE wollen sie daher stärker  
221 unterstützen und in einen intensiveren Austausch mit ihnen treten.

### 2.3.1 Digitale Leuchttürme

Auch in Thüringen wird bereits jetzt eine Kultur des digitalen Aufbruchs in einigen Leuchttürmen im digitalen Bereich gelebt. Hier können Erfahrungen und Umsetzungskonzepte ermittelt und reflektiert werden. Beispielhaft sind hier die Vereine zur Förderung digitaler Kompetenz, einzelne Städte und Gemeinden die E-Government betreiben, Schulen mit besonderen Medienkompetenzmodellen, außerschulischen Lern- und Weiterbildungsinitiativen und Netzaktivist\*innentreffen erwähnt. Dazu stellen sich einige Unternehmen, die intelligente soft- und Hardwarelösungen entwickelt haben. Bisher finden diese Projekte allerdings nur wenig Beachtung. Daher wollen wir uns für eine stärkere Einbeziehung dieser Expertise starkmachen und den Dialog mit den Akteur\*innen suchen und stetig erneuern.

### 2.3.2 Förderung Start-Ups

Start-Ups sind die Innovationsmotoren der Digitalbranche. Sie funktionieren nicht nach den bisherigen üblichen Schemata sondern können auf trial-and-error (Versuch und Irrtum) ausgelegt sein. So wird nicht jedes Start-Up am Ende marktfertig bzw. kann sich am Markt durchsetzen. Dennoch schlagen sich die Erfahrungen aus jedem einzelnen Projekt in der Gesellschaft nieder. Mit langfristigen Businessplänen wird man dieser Idee in keiner Weise gerecht.

Wir GRÜNE wollen Start-Ups durch passende Förderprogramme, gezielte Informationsangebote, Beratungsnetzwerke zum Erfahrungsaustausch und anfängliche Steuererleichterungen unterstützen.

## 3. GRÜNE Forderungen

### 3.1 Maßnahmen für Thüringen:

1. Wir setzen uns für eine Digitalisierung der Polizei sowohl hinsichtlich ihrer Ausstattung als auch ihrer Verfahrensabläufen ein. Dabei müssen Kriterien der informationellen Selbstbestimmung und des Datenschutzes eine essentielle Rolle spielen
1. Wir fordern eine einheitliche Schulverwaltungssoftware.
1. Wir wollen Schule im und für den virtuellen Raum stark machen. Dazu zählen Dienst-E-Mail-Adressen für Lehrende, eigene Serverplätze für Schulen, digitale Lehr- und Lernräume, digitale Klassenbücher und Klassenordner, VPN-Zugänge für Schüler\*innen und Lehrende und Raum zum digitalen Experimentieren.
1. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Medienzentren in Thüringen zu digitalen Schnittstellen für Schulen weiterentwickelt werden, welche unter anderem die IT-Administration, Bereitstellung von Serverräumen und die Verwaltung der Webspaces für Schulen betreuen.
1. Wir wollen Medienkompetenz als Schlüsselkompetenz einer demokratischen Gesellschaft nachhaltig verankern und fordern eine Stärkung der

Medienkompetenz, für Alle! (Lehrkräfte, Schüler\*innen, Erwachsenenbildung, Weiterbildungen, Verwaltung).

1. Wir setzen uns dafür ein, dass die Entwicklung von Konzepten für die Medienkompetenzvermittlung konkret in Thüringen wissenschaftlich verankert wird.

1. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vermittlung von Technikkompetenz an den Schulen stärker ausgebaut wird. Darüber, ob das Fach Informatik verpflichtend unterrichtet werden sollte, wollen wir mit allen an Schule Beteiligten in den Dialog treten. Programmieren soll in Schulen möglichst früh unterrichtet werden, wobei moderne Programmiersprachen spielerisch und mit Spaß erlernt werden sollen.

1. Wir setzen uns dafür ein, dass Informatik als berufsbegleitendes Drittfach angeboten wird.

1. Wir setzen uns für eine stärkere Beachtung und Einbeziehung der Expertise Thüringer digitaler Leuchttürme ein.

1. Die neuen elektronischen Möglichkeiten der Bürger\*innenbeteiligung sollen genutzt und ausgebaut werden. Dies stärkt die Demokratie und Vertrauen in sie.

1. Wir wollen transparente Behörden nach Hamburger Vorbild schaffen, wobei behördliche Dokumente standardgemäß öffentlich zugänglich sein sollen (in einem durchsuchbaren, quelloffenen und barrierefreien Dateiformat).  
Ausnahmen ergeben sich bspw. durch den Datenschutz personenbezogener Daten.

1. Wir setzen uns für moderne Fördermöglichkeiten, von Start-Ups ein, die ihren Besonderheiten Rechnung tragen. Wir wollen verstärkt für die Möglichkeit zur Selbstständigkeit werben und jungen Unternehmen, die Digitalisierungsprozesse fördern und begleiten, sowie Thüringer KMU gezielt Informationen und Beratung zur Seite stellen.

1. Die technisch längst durchführbare, durchgehende Ende-zu-Ende Verschlüsselung soll für die Kommunikation zwischen Bürger\*innen und Behörden (auch untereinander) zum Standard werden.

1. Qualifizierte elektronische Signaturen können handschriftliche Unterschrift ersetzen. Dies spart Papier und schon die Umwelt.

295 3.2 Maßnahmen auf Bundesebene:

- 296 1. Hersteller\*innen vernetzter Geräte sollen mindestens drei Jahre nach  
297 Verkauf Softwareupdates bereitstellen, sofern die Hersteller\*innen  
298 mindestens 1000 Geräte des Modells verkauft haben.
- 299 1. Jede\*r hat die freie Wahl, welche Firm- und Software auf eigenen Geräten  
300 (z.B. Smartphones, Router, Internet-of-Things Geräten) laufen soll.  
301 Hersteller\*innen sollen dies technisch ermöglichen und nicht verhindern.
- 302 1. Nutzer\*innen von IT-Diensten sollen einen kostenfreien Anspruch auf  
303 Auskunft (auch Download), Korrektur und ggf. Löschung eigener Daten  
304 erhalten. Dies erleichtert die Mitnahme der Daten zu anderen Plattformen  
305 und stärkt so die Position der Verbraucher\*innen.
- 306 1. Nutzer\*innen sollen leicht erkennen können, wie ein Unternehmen bzw. IT-  
307 Dienst userbezogene Daten verarbeitet, speichert und weitergibt. Hierzu  
308 sollen Qualitätssiegel oder übersichtliche, ikonographische Darstellungen  
309 eingesetzt werden.
- 310 1. Überwachung soll generell ab- und nicht ausgebaut werden. Darum fordern  
311 wir von der nächsten Bundesregierung, den Staatstrojaner und die  
312 Vorratsdatenspeicherung zurückzunehmen. Wir brauchen eine Demokratisierung  
313 und keinen autoritären Überwachungsstaat.
- 314 1. Netzneutralität soll durchgesetzt werden, d.h. Datenpakete sollen nicht  
315 wegen ihrer Herkunft von den Internetanbieter\*innen diskriminiert werden.  
316 Es kann nicht sein, dass ein Internetprovider den Zugang zu einem Service  
317 eines kleinen Anbieters drosselt oder finanziell anders behandelt als  
318 einen vergleichbaren Service eines Großunternehmens.
- 319 1. Wir wollen endlich den Breitbandausbau nachholen. Ziel muss dabei eine  
320 flächendeckende Grundversorgung von 100 MBit/s sein.
- 321 1. Die Sharing Economy (z.B. Car Sharing) bietet vielfältige Chancen auf  
322 effizientere Ressourcennutzung und dadurch einen insgesamt geringeren  
323 Ressourcenverbrauch. Im Gemeinschaftskonsum sehen wir eine  
324 umweltverträgliche Form des Wirtschaftens und wollen entsprechende  
325 Angebote und Praktiken fördern.
- 326 1. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Digitaldiensten die Standardeinstellung  
327 einen hohen Standard an Datenschutz und Privatsphäre gewährleistet  
328 ("privacy by default").
- 329 1. Wir wollen Geschäftsmodelle fördern, die auf anonymisierten Daten beruhen.
- 330 1. Wir GRÜNE haben in der letzten Legislatur des Bundestages bereits mehrere  
331 Anträge zur Modernisierung des Urheberrechts eingebracht. Auf deren  
332 Grundlage wollen wir uns weiterhin dafür einsetzen, das Urheberrecht  
333 endlich fit für das digitale Zeitalter zu machen. Im Allgemeinen sollen  
334 Schutzfristen auf ein halbes Jahrhundert verkürzt werden.